

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 30 (1990)

Vorwort: Editorial
Autor: Linder, Wolf

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts erleben wir eine dramatische Beschleunigung des politischen Umbruchs in Ost- und Westeuropa, und es wird uns bewusst, dass wir uns diesen Vorgängen je länger je weniger entziehen können. Eine Öffnung der Schweiz wird institutionelle Reformen bedingen. Gleichzeitig bleibt aus den achtziger Jahren ein Stau wichtiger innenpolitischer Probleme, die eher verschoben denn gelöst sind, denken wir nur an Fragen der Energie-, der Migrations- und Flüchtlingspolitik oder der Bevölkerungsentwicklung. Das schweizerische Politiksystem steht also im nächsten Jahrzehnt unter einem doppelten Druck, wichtigste Entscheidungen zu treffen und gleichzeitig die Entscheidungsstrukturen zu verbessern.

Die Palette politischer Herausforderungen der neunziger Jahre ist breit. Sie begegnen derzeit grossem publizistischem Interesse, sie werden in Expertenkommissionen behandelt und verhandelt. Das vorliegende Jahrbuch kann sie weder repräsentativ noch umfassend thematisieren. Aber es sind Beiträge, die einzelne Fragen aus politologischer Perspektive vertiefen.

Entsprechend der Ausrichtung politologischer Tätigkeit stehen institutionelle Fragen im Vordergrund. Sie bilden den ersten Teil des Bandes.

Raimund Germanns Aufsatz «Bundesverfassung und «Europafähigkeit» der Schweiz» dürfte aus verschiedenen Gründen einen der gewichtigsten Diskussionsbeiträge des Bandes darstellen. Anstelle der isolierten Frage des Abbaus von Referendum und Initiative im Falle eines EWR- oder EG-Beitritts untersucht Germann den Zusammenhang aller Verfassungselemente, die für die Europafähigkeit der schweizerischen Institutionen von Bedeutung sind: halbdirekte Demokratie, Regierungsverantwortlichkeit, Parlamentarismus und Föderalismus. Es sind Fragen, die in den Totalrevisionsbemühungen der siebziger Jahre merkwürdigerweise wenig gestellt wurden, aber zweifellos zu den zentralen institutionellen Reformproblemen der nächsten Jahre gehören. Germanns Option für eine Entwicklung in Richtung parlamentarischer Demokratie dürfte – auch 15 Jahre nach seiner Habilitationsschrift «Politische Innovation und Verfassungsreform» – kaum ungeteilten Beifall finden. Zu hoffen ist aber, dass die Argumentationsmuster einer institutionellen Politologie, wie sie etwa Maurice Duverger beispielhaft vorgetragen hat, auch bei uns Spuren zu hinterlassen beginnen.

Das Stimmrecht der Frauen in der Schweiz und der verfassungsrechtliche Anspruch der Frauen auf gesellschaftliche Gleichstellung sind jung. Die Schweiz hat einige Rückstände aufgeholt. 30 Jahre nach dem Übergang von der Männer- zur Erwachsenenendemokratie schneidet unser Land bezüglich des Frauenanteils in den Parlamenten des Bundes und der Kantone im internationalen Vergleich sogar recht gut ab. Wenn aber bloss jedes siebte Mitglied des Nationalrats weiblichen Geschlechts ist, wenn Regierungen als Gruppenbild ohne Damen noch die Regel bilden, so deutet das doch auf die krasse Untervertretung der Frauen in der Politik hin. Muss das so bleiben? Nein, meinen *Regula Stämpfli* und *Claude Longchamp* in

ihrem Beitrag «Wie wird die Zukunft weiblich?». An ihre Analyse der Benachteiligung der Frauen im Prozess der politischen Wahl und eine Bestandesaufnahme der Förderungsmassnahmen der Parteien schliesst das Modell einer Quotenregelung für Parlamente, das Frauen direkt einen proportionalen Anteil in der Volksvertretung verschaffen könnte, ein. Auch wenn die Mehrheit der eidgenössischen Frauenkommission sich mit diesem sog. «Aufstockungsmodell» nicht anfreunden mochte, bleibt seine Gedankenführung gerade aus politologischer Sicht interessant: es führt vor, wie ein schwieriges Nullsummen- in ein Positivsummen-Spiel überführt werden kann, bei dem nicht ein Teil verliert, was der andere gewinnt, sondern beide Partner gewinnen können.

Wie werden sich Parteien und soziale Bewegungen entwickeln? Als Frage politischer Konjunktur wäre dies wohl noch weniger zu beantworten als Entwicklung der künftigen Wirtschaftskonjunktur. *Andreas Ladner* befasst sich in seinem Beitrag zu den Parteien auf kommunaler Ebene zunächst mit deren – noch wenig untersuchten – aktuellen Bedeutung, zeigt ihre kontrovers wahrgenommenen Funktionen und glaubt, dass vom Parteiensystem auf kommunaler Ebene insgesamt positive Impulse zu erwarten sind. *Marco Giugni* und *Hanspeter Kriesi* spinnen den Faden weiter an jenen neuen sozialen Bewegungen, zu welchen die Zürcher Politische Soziologie für die Periode 1947–1976 bereits umfassende Untersuchungen vorgelegt hat. Die Analyse der letzten 15 Jahre bestätigt den Eindruck einer Demobilisierung der sozialen Bewegungen nur teilweise: zwar nimmt das Partizipationsniveau ab, nicht aber die Zahl der Protestereignisse. Das hängt, nach Giugni/Kriesi, mit der Institutionalisierung vor allem der Umweltschutzbewegung zusammen. Neue soziale Bewegungen und ihre Themen werden daher ein bedeutsamer Faktor bleiben, mit dem die institutionelle Politik weiterhin zu rechnen hat.

Welche Rolle übernimmt der lokale Staat in der Stadtentwicklungspolitik? Dieser unkonventionellen Fragestellung widmen sich *Sandro Cattacin* und *Armin Kühne*. Die vergleichende Studie zu grossen Bauprojekten in Florenz, Wien und Zürich belegt, wie Städte im vergangenen Jahrzehnt der Finanzkrise ihren Anspruch gestaltender Politik auf die Anpassung und Unterstützung wirtschaftlicher Transformationsprozesse reduziert haben. Diese «Minimalstaatsstrategie», so Cattacin/Kühne, ist allerdings begleitet von Legitimationsdefiziten. Die politische Opposition lasse gemeinsame Ansätze zu einer reformistischen Stadtentwicklungsplanung erkennen, worin urbaner Kontext und die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung auf politischem Wege wieder vermehrt einfliessen könnten.

Zwei eher theoretische Beiträge befassen sich einerseits mit institutionellen Fragen der Kleinstaatlichkeit (*Arno Waschkuhn*), andererseits mit der notwendigen Auswahl und Beschränkung des staatlichen Aufgabenpanoramas (*Gerhard Schmid*). Während Waschkuhn die Vereinbarkeit von Kleinstaatlichkeit und internationaler Verflechtung besondere Aufmerksamkeit schenkt, plädiert Schmid dafür, der Auslese der Staatsaufgaben in der praktischen Politik vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Für die Frage nach der Zukunft kann es hilfreich sein, anderswo hin oder in die Vergangenheit zu schauen. Diese Perspektiven nehmen die beiden letzten Beiträge zu den schweizerischen Institutionen auf. *Jürg Segesser* untersucht an den Bundes-

jubiläen und schweizerischen Landesausstellungen von 1891 bis 1964 gewissermaßen die politische Zukunft der Vergangenheit. Ob es am Anlass nationaler Feiern oder an der helvetischen Alltagskultur liegt, der Vergangenheit mehr geistigen Raum zu widmen als der gesellschaftlich-politischen Zukunft, ist mit Hinblick auf 1991 vielleicht weniger entscheidend als die Frage, wie weit wir uns dies unter dem Druck äusserer und innerer Entwicklung noch erlauben können. *Jürg Steiners* Ausführungen scheinen zunächst dem Primat des Methodischen verpflichtet. Er zeigt, wie das schweizerische Politiksystem im Lichte der vergleichenden Politikwissenschaft erscheint. Die Methode dieses Vergleichs ist nur scheinbar ein Umweg zur Zukunft. Das objektivierte Bild zeigt nämlich erhebliche Differenzen – oder zumindest Fragezeichen – gegenüber unserem tradierten Selbstbild des «Sonderfalls» Schweiz auf. «Wir müssen erkennen, dass wir ein ganz normaler Staat sind mit vielen Stärken und Schwächen wie andere auch», so das Fazit des Autors. Steiners Beitrag zeigt auf eine Warnlampe, die einzelne Publizisten oder Politiker wohl zu Recht schon blinken sehen: Die Tatsache, dass die politische «Sonderfall»-Kultur nicht nur wachsendem Unverständnis von aussen begegnet, sondern durch Abwehr des Vergleichs auch jene institutionellen Reformen behindert, die bei der Bereitschaft zu unbefangenerem Vergleich mit andern Politiksystemen vielleicht auch grössere realpolitische Chancen hätten.

Im zweiten Teil unseres Bandes kommen Perspektiven einiger ausgewählter Politikbereiche zum Zuge.

Den Anfang macht *Giorgio Dhimas* Beitrag zur schweizerischen Migrationspolitik. Dass die Ausländer- und Flüchtlingspolitik nicht zur Ruhe kommt, ist ja bekanntlich keine schweizerische Besonderheit, sondern trifft auf alle entwickelten Industrieländer Westeuropas zu und verweist auf eine der bedeutendsten sozialen Fragen der Gegenwart: auf die zunehmende Kluft zwischen Erster und Dritter Welt. Dhima stellt die schweizerische Migrationspolitik in einen internationalen Vergleich und präsentiert Vorschläge, die sich durch einen Verzicht auf (zu) hohe Steuerungsansprüche, aber eine Konzertierung im europäischen Rahmen auszeichnen.

Mit der verwandten Problematik einer künftigen Bevölkerungspolitik befasst sich *Beat Fux*. Immigrationsdruck, Alterung und tiefe Fertilität, neue Lebensformen neben der konventionellen Kleinfamilie werden auch für die Schweiz zentrale Herausforderungen einer künftigen Bevölkerungspolitik darstellen. Fux' sozialhistorische und soziologische Erwägungen gelangen wie diejenigen anderer Fachleute zum Schluss, dass ohne Öffnung und Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus wenig Chancen bestehen, die künftige Entwicklung in befriedigende Bahnen zu lenken.

Dem Thema Sicherheit der Kleingesellschaft sind die zwei nächsten Beiträge gewidmet. Was kann «Sicherheitspolitik» in einer Epoche militärpolitischer Entspannung zwischen den grossen Blöcken, aber zunehmender ökologischer oder sonstiger Selbstgefährdung der Weltgesellschaft heissen? Bezeichnenderweise sprechen die Verfasser beider Artikel nicht von «Sicherheit», sondern im Zuge der Wahrnehmung eines erweiterten Gefährdungspanoramas von «Risiko» und «Risikomanagement». *Heinz Kruppenacher* und *Dominique Wisler* halten eine Art

«Metapolitik» des Risikomanagements unserer Behörden für notwendig, um eingefahrene Wege und Sackgassen konventioneller Sicherheitspolitik zu verlassen. Ob andererseits konzeptionelle Reformen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik im gesellschaftlichen Wertewandel und der innenpolitischen Polarisierung der Schweiz überhaupt eine Chance haben, ist das Thema von *Christof Buri* und *Gerald Schneider*. Sie glauben, dass diese Chance massgeblich davon abhängt, wie weit konzeptionelle Reformen in der Lage sind, auf neue Gefährdungen der Bevölkerung gegenüber glaubhafte Antworten zu finden.

Zum Abschluss untersucht *Blaise Lempen* die Konsequenzen des Informatikeinsatzes in Staat und Verwaltung. Informatik, so die These des Autors, wird keineswegs zur kalten Zentralisierung des föderalistischen Systems führen, aber als allgemeines Kommunikationsmittel eine ähnlich integrierende Funktion wie das Recht erfüllen.

Mit diesem Band beende ich die Tätigkeit als Redaktor des SVPW-Jahrbuches. Ich freue mich, dass *Hanspeter Kriesi*, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Genf, für die Redaktion zeichnen wird. Von seinem Engagement und seinen bekannten Qualitäten wird das Jahrbuch neue Impulse erwarten dürfen. Ich selbst habe die Tätigkeit – bei allem Aufwand, die sie erfordert – als lohnende Bereicherung empfunden. Der Versuch, Themenbände Jahr für Jahr durchzuhalten, sowie das Gleichgewicht zwischen praxis- und theorierelevanten Beiträgen zu finden, ist allerdings nicht immer einfach, wie die Redaktion gerade bei diesem fünften Band gespürt hat. Die Sorge muss darum der Verbreiterung des politologischen Nachwuchses und der Intensivierung der Kontakte mit der ausseruniversitären Politikforschung gelten.

Es bleibt mir, allen zu danken, die am Zustandekommen dieses Bandes mitgewirkt haben. Das sind zunächst die Autorinnen und Autoren, dann meine Kollegen *Ulrich Klöti* und *Peter Knoepfel*, welche im Redaktionsteam mitwirkten. *Brigitte Caretti* und *Serge Terribilini* besorgten Übersetzungen ins Französische. *Brigitte Caretti* hat zusammen mit *Diego Hättenschwiler* die Bibliographie erstellt. Mein Dank gilt aber auch *Monika Spinatsch*, Institutssekretärin am FSP, welche am ganzen Funktionieren des kleinen Netzwerks der Jahrbuchproduktion nicht unwesentlich beteiligt war.

Wolf Linder
Jahrbuch-Redaktor

Editorial

En ce début de décennie, nous assistons à une accélération dramatique des événements politiques tant en Europe de l'Est que de l'Ouest. Nous ne pouvons pas les ignorer plus longtemps. Or, une ouverture de la Suisse exigera des réformes institutionnelles. Par ailleurs, les années quatre-vingt nous lèguent un certain nombre de blocages sur d'importants problèmes de politique intérieure qui furent plutôt différés que résolus. Citons, par exemple, les questions de l'énergie, de l'immigration, de l'asile ou de la démographie. Le système politique suisse sera donc soumis, dans les dix prochaines années, à une double pression constituée par la prise de décisions capitales et, parallèlement, par l'amélioration des structures décisionnelles.

L'éventail des défis politiques des années nonante est donc large. Ceux-ci rencontrent actuellement un grand intérêt médiatique et sont traités par des commissions d'experts. Cet annuaire ne peut ni les exposer d'une manière exhaustive ni les résumer. Mais il présente toutefois des contributions approfondissant certaines de ces questions dans une perspective politologique. Au déroulement de l'activité politique correspondent, en arrière-plan, des problèmes institutionnels. Ceux-ci forment la première partie de cet ouvrage. L'article de Raimund Germann «Bundesverfassung und «Europafähigkeit» der Schweiz» pourrait être, selon bien des points de vue, l'une des contributions les plus importantes de ce volume. Au lieu de poser isolément la question du probable démantèlement du référendum et de l'initiative en cas d'adhésion à la CE ou à l'EEE, R. Germann examine la cohérence de tous les éléments constitutionnels significatifs pour une compatibilité des institutions suisses et européennes. Ces éléments sont: la démocratie semi-directe, la responsabilité gouvernementale, le parlementarisme et le fédéralisme. Ces aspects, curieusement peu abordés lors des efforts de révision totale de la Constitution des années septante, seront pourtant indubitablement au centre des réformes institutionnelles des prochaines années. L'option de R. Germann, en faveur d'un renforcement de la démocratie parlementaire, semble ne pas rencontrer un large soutien, même quinze ans après sa thèse «Politische Innovation und Verfassungsreform». Espérons cependant que les arguments d'une science politique institutionnelle, telle qu'exposée par Maurice Duverger, trouveront également un écho chez nous.

Le droit de vote des femmes ainsi que leur revendication pour une égalité reconnue dans la Constitution sont des thèmes récents en Suisse. Vingt ans après le passage d'une démocratie «masculine» au suffrage universel, la représentation féminine dans les parlements fédéral et cantonaux apparaît, comparativement aux autres Etats, satisfaisante. Cependant le déficit numérique féminin est illustré par l'image de gouvernements sans femmes = encore de règle aujourd'hui = et par le fait que seul un membre sur sept du Conseil national soit de sexe féminin. Cette situation doit-elle perdurer? Par le biais de leur contribution «Wie wird die Zu-

kunft weiblich?», Regula Stämpfli et Claude Longchamp réfutent un tel statu quo. Après avoir analysé les préjudices subis par les femmes dans le processus électoral et après avoir dressé un inventaire des mesures d'encouragement des partis, les auteurs proposent un modèle de réglementation par quota. Même si la majorité de la Commission fédérale pour les questions féminines n'est pas favorable à ce modèle («Aufstockungsmodell»), cette réflexion reste intéressante d'un strict point de vue politologique. Elle démontre comment un jeu à somme nulle peut se transformer en un jeu à somme positive, dans lequel aucun des joueurs ne perd ce que l'autre gagne mais où les deux partenaires peuvent l'emporter.

Comment se développeront les partis et les mouvements sociaux? Il est encore moins aisé de répondre à cette question de conjoncture politique que de spéculer sur le développement de la situation économique future. Dans sa contribution, Andreas Ladner traite des partis et de leur signification au niveau communal. Il montre que leurs fonctions sont perçues de manière controversée et croit que des impulsions positives peuvent surgir de ce système partisan. Marco Giugni et Hanspeter Kriesi étudient, quant à eux, les nouveaux mouvements sociaux auxquels la sociologie politique zurichoise a déjà consacré, pour la période allant de 1947 à 1976, plusieurs travaux. L'analyse des quinze dernières années permet de constater que la démobilisation au sein des mouvements sociaux n'est que partielle; si le niveau de participation a certes diminué, ce n'est pas le cas du nombre des actes de protestation. Ce phénomène est lié avant tout, selon M. Giugni et H. Kriesi, à l'institutionnalisation des mouvements de protection de l'environnement. C'est pourquoi les nouveaux mouvements sociaux et les thèmes qu'ils véhiculent restent un facteur significatif avec lequel, à l'avenir, la politique institutionnelle devra compter.

Quel rôle joue l'Etat local dans la politique de développement urbain? C'est à cette interrogation peu conventionnelle que se consacrent Sandro Cattacin et Armin Kühne. Leur étude comparative de grands projets de construction à Florence, Vienne et Zurich s'attache à la manière dont ces villes ont réduit la crise financière consécutive à leur politique d'expansion urbaine. Cette dernière fut établie afin que les structures de la cité soutiennent le processus de développement économique et s'y adaptent. La «stratégie étatique minimaliste» (ainsi dénommée par S. Cattacin et A. Kühne) qui s'ensuivit fut accompagnée d'un déficit de légitimité. Face à cette situation, l'opposition politique partage une idée commune de réforme de la planification des villes; dans cette perspective, le contexte urbain et les besoins de la population auraient une influence accrue sur le politique.

Deux contributions théoriques s'occupent, d'une part, des aspects institutionnels propres aux petits pays (Arno Waschkuhn) et, d'autre part, de la limitation de l'éventail des tâches de l'Etat (Gerhard Schmid). Alors que A. Waschkuhn accorde son attention à la compatibilité entre les caractéristiques d'un Etat de dimension réduite et le processus d'interdépendance internationale, G. Schmid plaide en faveur de la sélection, par l'Etat, de tâches prioritaires afin de pouvoir, dans la pratique politique, leur accorder une attention plus soutenue.

Il peut être intéressant d'observer le passé afin de répondre aux questions de l'avenir. C'est selon cette perspective que sont élaborés les deux derniers articles

portant sur les institutions helvétiques. Jürg Segesser étudie les jubilé de la Confédération ainsi que les expositions nationales de 1891 à 1964 afin de déterminer le futur politique par le biais du passé. Cependant, dans l'optique de 1991 et sous la pression conjuguée des développements intérieurs et extérieurs, une réflexion intellectuelle sur le futur politico-social ne devrait-elle pas prévaloir sur celle relative au passé? Les travaux de Jürg Steiner mettent notamment en exergue l'intérêt de sa méthode. L'auteur montre comment le système politique suisse apparaît à la lumière de la science politique comparée. L'image objectivée résultant de cette comparaison est passablement différente de notre représentation du «Sonderfall» suisse telle qu'elle nous est transmise habituellement. «Nous devons reconnaître que nous sommes un Etat ordinaire ayant, comme les autres, ses forces et ses faiblesses», conclut l'auteur. La contribution de J. Steiner éclaire ce que quelques journalistes et politiciens ont déjà perçu; le fait que la culture politique du «Sonderfall», non seulement rencontre une incompréhension croissante à l'étranger, mais aussi entrave toute réforme institutionnelle de par l'interdiction tacite d'une confrontation avec d'autres systèmes politiques. Pourtant, une certaine inclination de la Suisse à la comparaison avec d'autres nations serait un atout dans la conduite de ses affaires.

La deuxième partie de notre annuaire traite des perspectives de quelques domaines politiques choisis.

Elle débute par l'article de Giorgio Dhima relatif aux politiques suisses d'immigration et d'asile. Si ces dernières sont des questions brûlantes en Suisse, elles concernent cependant tous les pays industrialisés d'Europe de l'Ouest. Elles renvoient à l'un des problèmes sociaux les plus significatifs du moment: l'élargissement du fossé entre le Nord et le Sud. G. Dhima replace la politique suisse d'immigration dans sa problématique internationale et formule des propositions se distinguant par abandon de régulations (trop) strictes et par une concertation au niveau européen.

Beat Fux se préoccupe d'un sujet voisin, à savoir celui d'une politique démographique future. Une pression de l'immigration, un vieillissement de la population et un faible taux de natalité, des modes, de vie alternatifs se développant parallèlement à la famille nucléaire désormais traditionnelle constitueront autant de défis pour la Suisse. Les réflexions historiques et sociologiques de B. Fux aboutissent à une conclusion similaire à celle d'autres spécialistes; sans ouverture et coopération transnationale, il n'y a que peu de chances de réussir à maîtriser, selon des voies satisfaisantes, le futur développement démographique.

Les deux contributions suivantes sont consacrées au thème de la sécurité d'une petite société. Que peut signifier une «politique de sécurité» dans une époque de détente entre les grands blocs mais où se profilent des risques croissants, écologiques ou autres, qui menacent la société mondiale d'autodestruction? De façon significative, les auteurs parlent non pas de «sécurité» mais, dans l'optique d'une augmentation des dangers potentiels, de «risque» et de «gestion du risque». Heinz Krummenacher et Daniel Wisler pensent qu'il est nécessaire que nos autorités adoptent une «métapolitique» de la gestion du risque afin d'éviter les impasses d'une politique de sécurité conventionnelle. Des réformes conceptuelles dans le

domaine de la politique de sécurité, basées sur les changements de valeur de la société dans son ensemble, peuvent-elles aboutir? Telle est la question posée par Christof Buri et Gerald Schneider. Ils estiment que cela dépend de façon déterminante de la crédibilité des réponses apportées par ces réformes aux nouveaux dangers pesant sur la population.

En conclusion, Blaise Lempen examine les conséquences de l'informatisation de l'Etat et de l'administration. Selon la thèse de l'auteur, l'informatique ne conduira pas à une froide centralisation du système fédéral mais, comme moyen de communication généralisé, aura une fonction d'intégration semblable à celle du droit.

Avec ce volume se termine mon activité en tant que rédacteur de l'Annuaire suisse de science politique. Je me réjouis que Hanspeter Kriesi, professeur de science politique à l'Université de Genève, me succède à cette fonction. Son engagement et ses qualités reconnues ne pourront qu'être profitables à l'Annuaire et lui insuffler un nouvel élan. Malgré les sacrifices qu'elle a exigé, j'ai vécu cette activité comme une expérience enrichissante.

Tant l'option en faveur d'ouvrages thématiques que l'équilibre entre empirisme et théorie n'ont pas toujours été faciles à réaliser, ainsi que nous l'a démontré la rédaction de ce cinquième volume. Par ailleurs, les efforts doivent se concentrer sur la promotion de la relève dans les sciences politiques ainsi que sur l'intensification des contacts avec la recherche extra-universitaire.

Il me reste à remercier tous ceux qui ont collaboré à la réalisation de ce livre. Tout d'abord les auteurs, puis mes collègues Ulrich Klöti et Peter Knöpfel qui ont participé à la rédaction. Brigitte Caretti et Serge Terribilini ont effectué les traductions en français. Brigitte Caretti et Diego Hättenschwiler ont rédigé la bibliographie. Ma reconnaissance va également à Monika Spinatsch, secrétaire du FSP, dont le rôle dans la centralisation et la gestion des fonctions du petit réseau de production de l'Annuaire fut essentiel.

Wolf Linder
Rédacteur de l'annuaire